

Chance für Umgehung soll gewahrt werden

In Gessertshausen: Busbahnhof und Straße unter einen Hut

GESSERTSHAUSEN (mst). Die Ausbaupläne der Deutschen Bundesbahn im Bereich des Bahnhofs von Gessertshausen haben jetzt den Gemeinderat beschäftigt. Es ging im Ratsgremium dabei vor allem um die Unterführung für die Kreisstraße nach Deubach; sie soll den bisher beschränkten Bahnübergang ersetzen. Auf einer Seite der Unterführung soll auch ein kombinierter Geh- und Radweg Platz finden, der über Treppen und behindertengerechte Wege mit den Bahnsteigen verbunden wird. Welche Seite am günstigsten ist, darüber diskutierten die Räte jetzt in ihrer Sitzung und entschieden sich schließlich für die westliche.

Wenn die DB die Schnellstrecke nach Günzburg ausbaut, dann bringt das auch für Gessertshausen große Veränderungen. So informierte Bürgermeister Dieter Merz darüber, daß der Bahnkörper um 80 Meter in Richtung Deubach verschoben wird. Künftig werden dann die Schnellzugtrassen in der Mitte liegen, der Nahverkehr soll über die besser erreichbaren Außengleise abgewickelt werden. Durch die Verschiebung der Gleise entsteht eine freie Fläche, die laut Flächennutzungsplan ein Gewerbegebiet werden soll.

Platz auch für eine Straße

Freilich hat die Gemeinde in diesem Bereich noch mehr vor: Irgendwann soll hier eine Umgehungsstraße gebaut werden, die den Ortskern vom Verkehr auf der B 300 entlastet. Zwischen den alten und den neuen Gleisen muß aber auch noch Platz für den Busbahnhof geschaffen werden. Je nachdem, auf welche Seite der Unterführung man nun den Rad- und Gehweg legt, beeinflusst das die Lage des Busbahnhofs. Ursprünglich wollte der Gemeinderat den Weg auf der Ostseite der Unterführung nach Deubach haben; dann hätte auch der Bahnhof für die Busse östlich der Kreisstraße errichtet werden müssen.

Bundesbahn und Augsburgsburger Verkehrsverbund (AVV) plädieren jedoch aus Kostengründen für die Westseite. Mit diesem Wunsch hatte sich nun der Gemeinderat auseinandersetzen. CSU-Fraktionschef Josef Kastner gab zu bedenken, daß auf der Ostseite mehr Platz sei. Würde also der Busbahnhof dennoch westlich errichtet, müsse man mit der geplanten Umgehungsstraße zu weit ins Schmutztertal ausweichen. Kastner: „Ich sehe dann für eine Umgehung keine Chance mehr.“ Hanspeter Peschel (SPD) meinte dagegen, es fehle auf jeden Fall der Platz für eine Umgehung, egal für welche Seite man sich entscheide.

Otto Hochmuth (CSU) machte geltend, die Bundesbahn habe jahrelang Zeit gehabt, sich mit der Planung zu befassen. Der Gemeinderat solle hingegen „so gravierende Punkte“ in kurzer Zeit entscheiden. Hochmuth: „Wir dürfen uns nicht in Zugzwang bringen lassen.“

Die Wünsche angemeldet

Schließlich entschied sich der Rat dennoch einstimmig für den Rad- und Gehweg an der Westseite der Unterführung, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Umgehung trotzdem noch Platz hat. Merz: „So haben wir unsere Wünsche angemeldet, blockieren aber nicht die weitere Planung.“ Weiter stellte der Gemeinderat einstimmig die Forderung auf, daß der kombinierte Rad- und Fußweg bis zum Ortsteil Deubach weitergebaut werden müsse.

Ebenso mußten sich die Gemeinderäte mit einem Vorschlag der Bundesbahn befassen, den Ortskanal von Gessertshausen nach Diedorf mit zweimaliger rechtwinkliger Querung unter den Bahngleisen hindurchzuführen. Bürgermeister Merz sagte, er befürchte

Rückstaus durch die rechten Winkel. Manfred Kopp (CSU) widersprach dieser Annahme: „Das muß nicht unbedingt sein“. Die Frage soll nun eindeutig geklärt werden.

Wegen des Rückbaus der Gleisanlagen entfällt beim Gewerbebetrieb Molfenter die bisherige Eisenbahnunterführung. Der Rat diskutierte deshalb, ob eine andere neue Unterführung erforderlich ist, damit die Landwirte ihre Felder auf der anderen Seite erreichen können, oder ob darauf verzichtet werden kann. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß die derzeitigen Maße des Bauwerks nicht den Vorschriften entsprächen. Bei einem Neubau müsse dies berücksichtigt werden, das neue Bauwerk würde also teurer als das alte. Diese Mehrkosten — möglicherweise 500 000 Mark oder mehr — zahle aber nicht die Bundesbahn, sondern die Gemeinde. Aus diesem Grund soll jetzt, so die Ansicht des Gemeinderats, mit den betroffenen Anliegern verhandelt werden, ob sie einen kleinen Umweg in Kauf nehmen können. Beim Verzicht auf eine Unterführung müßten die Bauern die Kreisstraße nach Deubach fahren und dann bei der künftigen Unterführung auf den geplanten Feldweg entlang der Bahntrasse einbiegen.

Unterführung wird versetzt

Weiter informierte Bürgermeister Merz, daß die Eisenbahnunterführung an der Brunnenmühlstraße um fünf Meter Richtung Norden versetzt werde. Die Kosten trage die Bundesbahn, sofern die Gemeinde keine Vergrößerungen der bisherigen Abmessungen wünsche. Dies sei nicht erforderlich, so Merz. Die neue Eisenbahnüberführung über die Schwarzach gehe ebenfalls voll zu Lasten der Bundesbahn.

Abschließend betonte das Gemeindeoberhaupt, „wir sollten uns versichern, daß durch die Baumaßnahmen der Gemeinde keine Kosten entstehen.“ Der Gemeinderat werde sich nach weitere Male mit den Plänen beschäftigen müssen, denn erst im Frühjahr werde das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau eingeleitet.